


1 D 20405 E

# LEBENSSCHUTZ PRESSE-INFORMATIONEN

Monatsschrift zur Pflege und Erhaltung gesunder Lebensgrundlagen für Landschaft, Pflanze, Tier u. Mensch

**Herausgegeben vom WELTBUND ZUM SCHUTZE DES LEBENS Sektion Bundesrepublik Deutschland e. V.**

6. Jahrgang Oktober 1975 **Nr. 10**

# Das „Krankheitswesen"

## Die Kostenentwicklung

„Die Krankenversicherungskosten wachsen zur Zeit doppelt so schnell wie das Bruttosozialprodukt und die Einkommen. Zwischen 1960 und 1978 werden sie sich verzehnfacht haben. Immer höhere Abzüge vom Einkommen des Einzelnen werden notwendig sein, um sie zu finanzieren. 1970 lag der Beitragssatz bei 8 Prozent. Die Ortskrankenkassen erwarten für 1978 einen Durchschnittssatz von 14 Prozent.

Zu den Ursachen zählt vor allem die explosionsartige Entwicklung der medizinischen Wissenschaft und Technologie. Der Pflegesatz pro Bett und Tag im Krankenhaus betrug 1960 noch 17 DM. Die Schätzungen für 1978 aber bewegen sich bereits zwischen 200 und 300 DM."

**Richard v. Weizsäcker in „Die Zeit", 14. 3. 1975**

Wir ergänzen: Der Satz pro Tag und Bett beträgt im Herbst 1975 zwischen 135,– DM und 165,– DM, je nach Krankenhaus und Ort etwas unterschiedlich.

**Bonn, dpa-Meldung vom 29. 11. 1974:**

„Die Leistungen für die soziale Sicherheit werden 1978 schon 430 Milliarden Mark kosten. Sie stiegen damit seit der letzten Berechnung von 1973, als 250 Milliarden Mark dafür ausgegeben wurden, um 72 Prozent oder im Schnitt in jedem Jahr um 11,4 Prozent . . .

Eines der herausragenden Ergebnisse zeigt, daß gerade die Leistungen für die Gesundheit überproportional steigen. Ihr Anteil an den Gesamtausgaben, der 1973 mit 80,8 Milliarden Mark bei 32,1 Prozent gelegen hatte, wird bis 1978 mit 147,4 Milliarden auf 35,1 Prozent steigen. Darin schlagen sich laut Budget langfristige Tendenzen nieder. Bestimmte Krankheitsbilder wie die Tuberkulose treten zurück, und neue, wie etwa die Kreislauferkrankungen, sind verstärkt zu beobachten.

**Und die „Frankfurter Rundschau" vom 5. 6. 1975 dazu:**

Die Allgemeine Ortskrankenkasse (AOK) Wetzlar kann ihre Zahlungsverpflichtungen nicht mehr voll erfüllen und muß als erste hessische Krankenkasse den „Konkurs" anmelden. Obwohl sämtliche Betriebsmittelrücklagen aufgebraucht sind, schließt der Haushalt der AOK Wetzlar für 1974 mit einem Defizit von 4,8 Millionen DM, für das laufende Jahr wird mit einem Fehlbetrag von 3,2 Millionen Mark gerechnet. – Aufgrund dieser defizitären finanziellen Lage hat die Vertreterversammlung den Beitragssatz von 10,6 Prozent auf 12 Prozent erhöht. Mit diesem Prozentsatz steht die Wetzlarer Kasse an erster Stelle in Hessen. –

**Kommentar:**

Im Bundestag fand Anfang Juni eine Debatte über das „Gesundheitswesen" statt. Es fällt dabei wieder einmal das in der Bundesrepublik verpönte Wort von der Selbstbeteiligung an den Krankheitskosten. Diese wurde bisher mit unterschiedlichen Begründungen immer abgelehnt, vor allen von Seiten der Gewerkschaften.

Keiner sprach von der „S e l b s t b e t e i l i g u n g a n d e r K r a n k h e i t", keiner wies darauf hin, daß unser so teures „Gesundheitswesen" in Wahrheit ein „Krankheitswesen" ist. Wir sprechen zwar alle von den immer häufiger auftretenden Zivilisationskrankheiten, von der gesundheitsschädlichen Wirkung von Nikotin und Alkohol, doch weder der einzelne noch die Gesellschaft ist an der Förderung des Gesundheitswesens interessiert, im Gegenteil, es wird wider besseres Wissen alles getan, um das Krankheitswesen zu vergrößern.

„U m w e l t s c h u t z u n d L e b e n s s c h u t z i s t S c h u t z v o r u n s s e l b e r ." So beginnt der Leiter der botanischen Schulgärten in Hannover, **Dr. Winkler,** ein Referat über „Notwendiger Umweltschutz im schwierigen Schulalltag", dieser Satz trifft im Hinblick auf Gesundheit – Krankheit den Kern der Sache.

Der Weltbund zum Schutze des Lebens bemüht sich seit 15 Jahren, diese Sachverhältnisse deutlich zu machen und darüber hinaus Maßnahmen zu kennzeichnen, Modelle zu unterstützen, die die Wandlung von einem finanziell nicht mehr tragbaren Krankheitswesen zu einem laut Grundgesetz, Absatz 2 ja garantierten Gesundheitswesen tatsächlich ermöglichen könnten.

Auf eine heile Umwelt allerdings scheint der Mensch keinen Anspruch zu haben.

**Eine dpa-Meldung vom 19. 8. 1975** besagt: Vom Gesetz her hat niemand Anspruch auf eine unversehrte Umwelt; jedenfalls kann man so etwas nicht einklagen. Das stellte in einem am Dienstag bekannt gewordenen Entscheid das Bundesverwaltungsgericht in Berlin fest. Wörtlich dazu das Gericht: „Das Grundgesetz gewährt dem einzelnen keine unmittelbar einklagbaren Ansprüche auf bestimmte umweltschützende Maßnahmen" (Aktz.: VII B 84.74).

**Die Frankfurter Allgemeine Zeitung** brachte am 5. 4. 1975 unter der Überschrift

**„Unser Gesundheitswesen ist ein Krankheitswesen"** einen Artikel, der eine heftige Diskussion auslöste.

Der frühere Präsident des WSL/Bundesrepublik schrieb einen Leserbrief dazu:

### „Leben" hat keinen Platz

Unsere auf den Hochschulen gelehrte Medizin ruht gedanklich auf der analytischen Naturwissenschaft, die das Ganze des Lebendigen zerteilt und in seinen Teilen mit chemischen und physikalischen Methoden erforscht. Von der Leiche, der Anatomie, trat sie ihren Siegeszug an. Infolgedessen hat der Begriff „Leben" in diesem Denksystem keinen Platz, auch nicht die Gesundheit, da diese an eine lebendige Ganzheit gebunden ist. Das analytisch inspirierte Denken führt zu der Aufsplitterung einer Krankheit in ihre Symptome und in der Behandlung zur Symptome-Bekämpfung, in der ärztlichen Praxis zum Spezialistentum. Es wird angenommen, daß die Beseitigung eines Krankheitssymptoms die Gesundheit wiederherstellt. Daß diese Annahme nicht stimmt, zeigt sich anschaulich in dem einfachen Beispiel eines Kindes, das an einem fieberhaften Rachenkatarrh erkrankt ist. Durch eine Penecillinspritze wird das Fieber zauberhaft beseitigt. In der lebendigen Wirklichkeit, die nie als ein einmaliges Ereignis, sondern als ein in der Zeit ablaufender Prozeß betrachtet werden muß, ist das Kind nach einer solchen Behandlungen kränker als vorher. Es wird abwehrschwach und daher aus den geringsten Anlässen bald erneut krank. Die heute gültige, in Krankenhäusern praktizierte Medizin hat ihre großen Erfolge in der Errettung aus Todesnot und der Verlängerung kranken Lebens. Sie versagt in der Führung des Menschen zu einer fundierten, stabilen, abwehrbereiten Gesundheit, da ihr Denken und die auf diesem Denken aufbauenden Methoden für dieses Ziel nicht adäquat sind.

Wenn sich eine Krankheit an einem Organ äußert, so ist trotzdem immer das Ganze des Lebendigen erkrankt. Methoden, die diesem Grundsatz folgen, wie die Homöopathie, die Akupunktur, die Neuraltherapie, die Chiropraktik, das Schröpfen, die Behandlung mit Blutegeln und anderes werden auf der Hochschule nicht ausreichend gepflegt. Auch Möglichkeiten der Behandlung mit lebendigen Ganzheiten, mit Bakterien (bakterielle Symbioselenkung) oder mit Zellen (Zelltherapie) werden nur ungenügend beachtet. Zu einer Erneuerung der Heilkunde gehört auch die Befreiung der Ernährung von der Einseitigkeit, daß sie nur ein Energieprozeß sei. Sie ist dies ebensowenig wie die Zeugung. Ernährung bedeutet pulsierendes Leben, wobei lebendige Kräfte zugeführt und ausgeschieden werden. Die Mittler dieses Wechsels sind unsere körpereigenen Bakterien, die im Lichte einer solchen Betrachtung einen Wandel vom Krankheitserreger zum Gesundheitserreger durchmachen.

Wenn von der untragbaren Kostenexplosion im Gesundheitswesen die Rede ist, so ist der einzige Grund in den nicht dem Gegenstand angemessenen Denkgrundlagen zu suchen. Die lebendige Ganzheit und die an diese gebundene Gesundheit ist nicht mit der Methode der Analyse dauerhaft behandlungsfähig. Akute Notzustände, die das Leben bedrohen, werden mit großem Erfolg beseitigt. Aber die Gesundheit wird nicht gepflegt. Die geringe Effektivität der modernen Medizin ist dadurch begründet, daß sie das Ziel einer echten Gesundheit nicht kennt und daher auch nicht ansteuert. Dabei ist ein Arzneimittelgesetz in Vorbereitung, welches die Medizin, die Symptome bekämpft, eindeutig bevorzugt und alle Mittel, die an der Ganzheit des Lebendigen angreifen, wie homöopathische oder aus Naturstoffen hergestellte Mittel, deren Wirkung nicht immer in zeitlich kurzen Intervallen sichtbar wird und im Tierversuch, dieser Entdeckung einer wirklichkeitsfremden Medizin, nicht bestätigt werden kann, auf die Verbotsliste setzen möchte. Letztlich ist das ein weiterer Faktor zur Kostenexplosion zugunsten vieler Sparten der pharmazeutischen Industrie. Es geht nach der Melodie: „Wir wissen mehr und werden immer kränker." Gesundheit ist nicht durch Versicherung zu erkaufen, sondern wird, wie Schlemmer richtig andeutet, durch persönliche Leistung erarbeitet, durch völligen Verzicht auf die Zigarette und Einschränkung anderer Genußmittel. Der gesunde Mensch ist billig und auch glücklicher als der von Süchten und Sex-Hunger geplagte Normalverbraucher.
**Professor Dr. med. Helmut Mommsen,** Kinderarzt, Frankfurt

## Krankheit durch individuelles Fehlverhalten

### Die Hundert Milliarden der Krankenkassen!

**Leserbrief des Straßen- und Tiefbauarbeiters Kurt Schölzke, 522 Waldbröl-Bladersbach**

Man spricht von den ungeheueren Leistungen der Krankenkassen, und es ist sehr gut, daß viel getan wird. Allerdings wird mit der Gesundheit sehr viel Schindluder getrieben. Wir brauchen nur zwei Dinge nennen, und das wäre der Alkoholismus und das Nikotin. Was mit den beiden Giften schon für Unheil angerichtet wurde, ist unverantwortlich.

Es müßte auch im kleinen Bereich mehr auf die eigene Gesundheit geachtet werden. Weiteste Kreise unserer Gesellschaft wurden mit vielen Unsitten vertraut gemacht, und es müßte auch möglich sein, umgekehrt das Volk mit den Vorteilen eines gesunden Körpers und Geistes vertraut zu machen. Es wird behauptet, daß immer mehr behinderte Kinder geboren werden, und man wird es sicherlich wissen, weshalb das so ist. Man hat die Pille hochgejubelt, aber wer als junger Mann sein Mädchen mit Verantwortung liebt, und wenn er sie ehrlich liebt, dann wird er ihr sagen müssen, daß sie doch auf die Pille verzichten möge, denn er möchte auch später noch eine gesunde Frau und er möchte auch gesunde Kinder haben.

Was sich da hinter den Hauswänden alles abspielt, ist geradezu grauenvoll und bei den Orgien sollen die Menschen gesund bleiben?

Als Arbeiter muß man sich bei Schlechtwettertagen einmal als einzelner Nichtraucher in einem nach Heizöl stinkenden Bauwagen, unter 5 und 6 Rauchern aufhalten. Wenn da die Atmungsorgane nicht kaputt gehen, und dazu kommt das Gespött der Kollegen, aber keiner hat den Willen, zu verzichten, oder es wenigstens zu üben.

Man könnte viele Seiten darüber schreiben, aber wer interessiert sich dafür? An den Schaltern der Krankenkassen liegt viel Literatur, aber es würde doch einmal interessieren, wer das liest. Stundenlang läßt man die Kraftfahrzeugmotoren laufen, ohne daß sie gebraucht werden und alles das, was die Auspuffrohre in die Gegend pusten, ist schlechte und ungesunde Luft.

Hier sei nur von den Arbeitern gesprochen, und etwas Gymnastik für den Eigenbedarf wäre bestimmt nicht schädlich. Man steht stundenlang an der Theke, aber für die eigene Gesundheit hat man einfach keine Zeit.

Man spricht von der Freizeitindustrie, und alles muß sehr viel Geld kosten. Eine Wanderung durch die Landschaft wird sich immer lohnen, aber Montagsfrüh hört man nur vom letzten Spießbratenessen, von wilden Saufereien und von den ausgelassensten Partys.

Viele tausend Hektar Land liegen bereits brach, aber wer macht sich schon die Mühe, einen kleinen Garten anzulegen? Nervenaufreibende Arbeiten nagen an der Gesundheit, und sie tragen mit dazu bei, daß das Selbstbewußtsein sinkt und daß die menschliche Seele angeknackst wird. Ein Stück Garten mobilisiert den inneren Menschen. Er wird zum Denken und Planen angeregt. Er ist dort „wer" und gerade das Wis-

**Aus dem Inhalt** Seite


Kostenentwicklung des Krankenwesens . . . . . . . 1
Individuelles Fehlverhalten . . . . . . . . . . . . . 2
Wasservergiftung (gesetzl. genehmigt) . . . . . . . . 3
Nahrungsmittelvergiftung (gesetzl. genehmigt) . . . . 5
Aus der Arbeit des WSL . . . . . . . . . . . . . 7
Veranstaltungen . . . . . . . . . . . . . . . . 9
Buchbesprechungen . . . . . . . . . . . . . . . 9


**Beilagenhinweis:**

Dieser Nummer liegt ein Lehrgangshinweis: „Der produktive Mensch" bei von Dr. Geissler.

sen, eine vollwertige Persönlichkeit zu sein, trägt mit dazu bei, den inneren und den äußeren Menschen, gesundheitlich auf Vordermann zu bringen.

Etwas Zucht, Ordnung und Disziplin können auch in einer freiheitlichen Demokratie nicht schaden. Es darf nicht wahr sein, daß in solch' einer Gesellschaftsordnung jeder mit seinem Körper machen kann, was er will.

Wer mit seiner Gesundheit gewaltsam Schindluder treibt, schädigt die Allgemeinheit, denn schließlich ist es doch diese Allgemeinheit, die für solche groben Fahrlässigen, oder Böswilligen bezahlen muß.

Es könnten nach und nach mehrere Milliarden DM gespart werden, wenn sich große Teile der Staatsbürger ihrer staatlichen Ordnung mitverantwortlich fühlten, und wenn sie mit dafür sorgen, daß die Arbeitsplätze und daß die Neubauwohnungen gesünder werden. Das gesamte Leben untereinander muß ganz auf Gesundheit eingestellt werden. Wer tatsächlich gesund leben will, muß vielleicht auf scheinbare Annehmlichkeiten verzichten, aber daß er so mehr vom Leben hat, dürfte wahrhaftig kein Geheimnis mehr sein.

## Zitat:

„Die Ausgaben für Tabakwaren lagen in der Bundesrepublik Deutschland 1974 bei rund 15 Milliarden DM (rund 250,– DM pro Kopf), die für Alkohol bei rund 30 Milliarden DM (rund 500,– DM pro Kopf), also insgesamt bei 45 Milliarden DM." Eine Fußnote besagt dazu: „Das ist etwa das Fünfzehnfache der öffentlichen Ausgaben für Entwicklungshilfe".

**Erhard Eppler, Ende oder Wende, Kohlhammer, Stuttgart 1975**

## Änderung des Arzneimittelgesetzes

Die Heilweise, die nachweislich billiger ist als eine Chemo-Therapie, wird dennoch nicht voll akzeptiert, sondern durch das geplante neue Arzneimittelgesetz eher in Frage gestellt. Die entscheidenden Punkte, die von der **„Union für freiheitliche Medizin" (Dr. Harless, München)** und der **„Ärztlichen Aktionsgemeinschaft für Therapiefreiheit"** gegen den Gesetzentwurf angeführt werden, sind in den **Münchner Ärztlichen Anzeigen, Nr. 35/75** zusammengefaßt:

So oberflächlich die Regierung bei der Durchsetzung ihres Gesetzentwurfes vorging, so konstruktiv waren die Kritiker dieses Entwurfes. Die verschiedenen Ärzteverbände der biologischen Medizin (Homöopathen, Erfahrungsheilkundler, Phytotherapeuten etc.) schlugen die Gründung einer freiwilligen Selbstkontrolle für biologische Heilmittel vor. Diese ärztliche Prüfstelle der Arzneimittelbeurteilung würde sowohl die Weiterentwicklung der Medizin in ihren verschiedenen Richtungen ermöglichen als auch die wissenschaftlche Vielfalt der medizinischen Richtungen gewährleisten. Diese freiwillige ärztliche Selbstkontrolle zur Erhaltung und Prüfung der biologischen Arzneimittel garantiert dem Arzt auch sein vom Gesetzgeber bedrohtes Recht auf Arzneimittelfindung. Daß dieses „Recht" heute vielfach von der chemischen Industrie in Anspruch genommen wird, darf nicht dazu führen, den Arzt auf seinem ureigensten Gebiet, der Heilung kranker Menschen, zu entmündigen.

Das Suchen nach neuen Arzneimitteln durch die chemische Industrie ist sowohl von der Sache als auch vom ursprünglichen Auftrag her nicht die Regel, sondern die Ausnahme. Der Gesetzgeber hat dies zu berücksichtigen und dem therapeutisch tätigen Arzt im Grundsatz die volle Kompetenz bei der Wahl des ihm geeignet erscheinenden Heilmittels und therapeutischen Verfahrens zu gewährleisten.

Es gibt nicht die ärztliche Wissenschaft, sondern es gibt Ärzte, die sich der Wissenschaft in ihrer ganzen Breite und Vielfalt bedienen. Das verstehen wir unter „Freiheit der Wissenschaft" in unserem Lande. Selbst wenn die freie Ärzteschaft und die unabhängigen medizinisch-wissenschaftlichen Ärztegesellschaften zur Zeit nur eine Minderheit bilden, müssen ihre Freiheitsrechte in einer Demokratie, die den Namen verdient, gewahrt werden.

## Eine Verlautbarung der Kassenärztlichen Vereinigung Nordwürttemberg vom 28. 2. 1975

**Starke Tabletten — zu großes Risiko**

**Professor Dr. Häußler: „Marktanteil starker Medikamente wird bestimmt zunehmen"**

Für viele Patienten sind Naturheilmittel die beste Arznei. Dafür will die Kassenärztliche Vereinigung Nordwürttemberg den Beweis antreten. Sie kritisiert, daß das neue Arzneimittelgesetz die Erfahrungen freipraktizierender Ärzte zuwenig berücksichtigt.

Die Prüfmethoden, die im Referentenentwurf des neuen Arzneimittelgesetzes gefordert werden, sind nach Meinung der Kassenärztlichen Vereinigung gefährlich. Präsident Professor Dr. Häußler: „Weil der Wirksamkeitsnachweis bei starken Medikamenten am leichtesten möglich ist, werden diese Arzneimittel künftig einen höheren Marktanteil haben." Professor Dr. Häußler ist davon überzeugt, daß Arzneimittelschäden nicht abnehmen, sondern sogar zunehmen werden: „Wenn Contergan nicht 20, sondern nur 2 Prozent Marktanteil gehabt hätte, wäre es heute noch in den Apotheken. Denn dann wären die Schäden nicht so auffällig gewesen."

Allgemeinpraktiker unter den Ärzten wüßten längst, daß stark wirkende Medikamente für viele Patienten ein unnötiges Risiko bedeuten. „Bei vielen Krankheiten ist die Selbstheilungstendenz so stark, daß eine Arznei diesen Prozeß nur milde unterstützen sollte." Für solche Patienten seien Naturheilmittel das einzig Richtige: „Da gibt es keine Nebenwirkungen." Auch Krankheiten, die chronisch sind und nur noch gelindert werden können, sind — so Häußler — am besten mit Naturheilmitteln zu behandeln. „Gerade bei einer Langzeitbehandlung ist es besonders wichtig, daß Nebenwirkungen möglichst ausgeschaltet werden. Bei den üblichen Arzneimitteltests in der Klinik können sich solche Schädigungen gar nicht auswirken, weil die Patienten dort nicht jahrelang behandelt werden."

Die Kassenärzte weisen darauf hin, daß der Referentenentwurf für das neue Gesetz zwar eine Sonderregelung für die kleine Gruppe der nichtverschreibungspflichtigen homöopathischen Einzelmittel vorsieht, aber keine Ausnahmeregelung für die gesamte Naturheilkunde in Aussicht stellt. Die klassische Homöopathie mache aber kaum zehn Prozent der Verordnungen in der Naturheilkunde aus. Das Gesetz verkenne die Zielrichtung der verschiedenen Arzneimittel. Es werde nicht berücksichtigt, daß die Naturheilmittel die schwer erfaßbaren Selbstheilungskräfte des Organismus stimulieren sollen. „Und das ist auch nachzuweisen. Sonst wären Wirkungen bei Säuglingen und in der Tiermedizin nicht möglich."

Häußler fordert, daß künftig auch längst bekannte Mittel der Schulmedizin dauernd überwacht werden: „Bis sich schädliche Wirkungen herausstellen, vergehen oft Jahre. Wir können uns nicht damit zufriedengeben, daß Klinikversuche scheinbar zufriedenstellend verlaufen. Bei der Kurzzeitbehandlung im Krankenhaus werden die Nebenwirkungen nämlich oft bewußt in Kauf genommen."

**Gisela Rothermet**

## Die Vergiftung des Wassers
**(gesetzlich genehmigt)**

Es ist bemerkenswert, daß langsam auch in einigen offiziellen Ärzteblättern die Frage des Lebensschutzes Eingang findet, so im **Berliner Ärzteblatt, Heft 18, September 1975.** Dort wird eindeutig die Meinung geäußert:

### Das größte Problem der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts ist die Erhaltung der Umwelt.

Der erste Teil des Aufsatzes befaßt sich mit der Frage, ob es möglich sei, Atommüll in der Antarktis zu lagern. Der Verfasser kommt zu dem Ergebnis, daß durch eine Lagerung radioaktiver Substanzen, die erhebliche Wärmemengen abgeben, letzten Endes nur eine weitere Belastung des Erdwasserhaushaltes sich ergeben würde.

Weiter wird in diesem Aufsatz von einer Studie des Batelle-Institutes berichtet, wonach Grundwasser zum Problem Nr. 1 für die nahe Zukunft werden wird. Wir zitieren wörtlich:

Vor allem in den industrialisierten Ballungsgebieten der Bundesrepublik wird das Grundwasser immer knapper. Die großen Industriekomplexe pumpen entschieden zuviel Wasser aus dem Untergrund in ihre Fabrikationsanlagen. Für das Sinken des Grundwasserspiegels und die Änderung der Fließrichtungen der Grundwasserströme sind vor allem die großen Chemiewerke und Raffinerien an der Peripherie von großen Städten verantwortlich. Neben den giftigen Mülldeponien ist vor allem auch der immer stärkere Einsatz von Düngemitteln in der Landwirtschaft problematisch. Auf einen Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche entfallen heute jährlich rund 200 kg Dünger. Es geraten so je qkm landwirtschaftlicher Nutzfläche jährlich fast 1000 kg Schwefeloxyde, 1500 kg Chlor und 1370 kg Stickstoff ins Grundwasser. Bei landwirtschaftlich genutzten und stark gedüngten Flächen ist unter anderem 680% mehr Kalium, 250% mehr Kalzium, 210% mehr Nitrat, 115% mehr Chlorid und 120% mehr Phosphat als bei Waldflächen im Grundwasser enthalten.

**(A.a.O. S. 1005)**

Da Wasser nächst Luft das vornehmlichste Lebensmittel ist und bleibt, wird ein Zusammenhang zwischen Krankheit und Wasserverderbnis nicht zu leugnen sein. Zunächst sind es vielleicht noch vornehmlich die Fische, die vergiftet im Wasser schwimmen, wie am 30. September wieder in den Abendnachrichten gezeigt. Wir müssen uns fragen, wann kommt der Mensch an die Reihe? Nicht nur das **Batelle-Institut,** sondern auch Limnologen, wie z. B. **Prof. Schwoerbel** vom **Limnologischen Institut Konstanz,** sind der Auffassung, daß wir in nächster Zeit bereits in größerem Umfang auf das Oberflächenwasser angewiesen sein werden. In das Oberflächenwasser aber darf per Genehmigung und pro Industrieanlage immer noch eine bestimmte Menge Gift abgelassen werden. Wie dies für die **Fa. Bayer-AG in Brunsbüttel** an der Elbe aussieht, teilt uns der **Seefahrtoberlehrer Harm Menkens** mit:

## Wieviel und welche Gifte darf die Bayer AG in die Elbe ablassen?

Am 8. 1. 1973 beantragte die Bayer-AG beim Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Landes Schleswig-Holstein (MELF) die Erteilung einer wasserrechtlichen Erlaubnis für die Entnahme von Oberflächenwasser an dem rechten Ufer der Elbe bei Brunsbüttel. Aus diesem Rahmenantrag folgt, daß das aus der Elbe zu entnehmende Wasser bei dem Herstellungsverfahren in dem Werk als Kühl- und Betriebswasser verwendet werden soll. Die Bayer-AG wies darauf hin, daß sie Elbwasser in dem beantragten Umfang von 75 000 cbm je Stunde benötige (nach Erreichen der Endausbaustufe des Werkes), weil ihr Wasserbedarf durch das aus dem Nord-Ostsee-Kanal stammende Oberflächenwasser und durch das der öffentlichen Wasserversorgung zu entnehmende Wasser nicht gedeckt sei. Bei den geplanten Herstellungsverfahren[1]) soll das Elbwasser zu etwa 80% als Kühlwasser und zu etwa 20% als Betriebswasser verwendet werden.

Am 23. 1. 1973 beantragte die Bayer-AG beim MELF die Erteilung einer wasserrechtlichen Erlaubnis für die Einleitung der in ihrem Werk anfallenden Abwässer in die Elbe. Auch dieser Antrag wurde von der Bayer-AG als Rahmenantrag bezeichnet. Dabei berief sich die Bayer-AG auf das schon dem Antrag vom 8. 1. 1973 beigefügte Gutachten von Prof. **Partenscky.** Die Abwasseranteile sollen im Verhältnis der Verwendungsteile anfallen. Außerdem wurde eine ebenfalls einzuleitende geklärte Regenwassermenge von 32 400 cbm je Stunde angegeben, die auf dem 375 ha großen Gebiet anfallen soll.

Die Fa. Bayer-AG führte in den Antragsunterlagen aus, daß sie glaube[2]), in Anlehnung an die an dem Rhein gemachten Einleitungserfahrungen die folgenden Richtwerte (zitiert aus dem Urteil der VI. Kammer des Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgerichts in Schleswig vom 27. 8. 1974, Aktenzeichen VI A 81/74, Seite 3) einhalten zu können:

„pH-Wert zwischen 4 und 9,
Temperatur des Kühlwassers unter 30° C,
0,3 mg/Ltr. absetzbarer Stoffe nach 2 Stunden,
keine mit dem Auge wahrnehmbaren Schwimmstoffe,
50 mg/Ltr. $BSB_5$,
unter 5 mg/Ltr. wasserdampfflüchtige Phenole,
unter 20 mg/Ltr. petrolätherextrahierbare Stoffe und keine sichtbaren Ölspuren"

Soweit die im oben genannten Urteil aufgeführten Stoffe. Insbesondere geht die Bayer-AG davon aus, daß bei einer langfristigen Chemiewerksgründung die einzelnen Herstellungsverfahren nicht von vornherein und nicht abschließend festzulegen seien. Deshalb könnten immer nur für zwei bis drei Jahre im voraus die Produktionsverfahren ermittelt und bestimmt werden. Die Abwassereinleitungsmenge müßte aber schon von Anfang an in durch Auflagen festzulegenden und bestimmbaren Grenzen gesichert sein, da sonst eine Werksgründung diesen Umfanges nicht zu verantworten sei. Es sei z. Z. beabsichtigt, erst einmal 60 000 t Desmodur T 30 R[3]) und 9000 t synthetischer organischer Farbstoffe[4]) je Jahr herzustellen. Der dem Antrag zugrunde gelegte Produktionsumfang richtet sich jedoch lt. Bayer-AG bereits nach den bei der Erreichung der Endausbaustufe nebeneinander laufenden 30 bis 40 verschiedenen Herstellungsverfahren. Hiernach richte sich auch die dem jetzigen Antrag schon zugrunde gelegte Abwasserbelastung. Die Fa. Bayer-AG behauptet, da alle Abwässer in einer biologischen Kläranlage gereinigt würden, werde das Abwasser für Mensch und Tier gefahrlos sein.

Aus dem der Fa. Bayer-AG vom MELF erteilten Abwässer-Erlaubnisbescheid vom 9. 4. 1974 geht insbesondere hervor, daß die Bayer-AG in ihren Abwässern von maximal 130 Mill. cbm/Jahr bei Erreichen der Endausbaustufe[5]) folgende Stoffe (die Angaben im Bescheid wurden von mir auf absolute Gewichtsmengen umgerechnet) in den unten angegebenen Maximalwerten in die Elbe einleiten darf:

| | |
|---|---|
| Quecksilber | 1 300 kg/Jahr |
| Kadium | 1 300 kg/Jahr |
| Blei | 130 t/Jahr |
| sonstige Schwermetalle | 650 t/Jahr |
| Eisen | 2 600 t/Jahr |
| Fluor | 910 t/Jahr |
| Phenol (wasserdampfflüchtig) | 65 t/Jahr |
| Petrolätherextrahierbare Stoffe | 650 t/Jahr |
| Schwebstoffe | 9 500 t/Jahr |
| CSB | 220 t/Tag |
| $BSB_5$ | 18,5 t/Tag |

Bis zum Vorliegen eines ökologischen Gesamtgutachtens hätte m. E. der Bayer-AG niemals ein so weitreichender Abwässererlaubnisbescheid erteilt werden dürfen. Bisher liegt nämlich lediglich ein von den Länderregierungen Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen aufgestellter Wärmelastplan für die Elbe vor. Dieser Wärmelastplan wird jedoch von Prof. Dr. Nicolaus **Peters** vom Institut für Hydrobiologie und Fischereiwissenschaft der Universität Hamburg als „wissenschaftlich unseriös", „irreführend" und in einem Punkt sogar „unwahr" bezeichnet (zitiert aus „Hamburger Abendblatt" vom 17. 2. 1975). „Die zulässige Temperaturerhöhung der Elbe muß wegen der damit verbundenen Steigerung der Sauerstoffzehrung die gegenwärtig vorhandene und die künftige Belastung des Gewässers mit Abwässern berücksichtigen." (ebenda). Genau dies ist aber nach Prof. Peters nicht geschehen. Er meint, die vorhandene Abwässer-Belastung würde man überhaupt nicht berücksichtigen und die künftige Belastung könne nur in einem zuverlässigen Abwässer-Lastplan errechnet werden. Dieser Plan aber existiere noch nicht.

In dem Verwaltungsgerichtsverfahren, Aktenzeichen VI A 81/74, hat die Bayer-AG die Wasserentnahme bei Fertigstellung der ersten Baustufe[6]) mit 18 000 cbm pro Stunde angegeben, wovon 20% als Betriebswasser benutzt werden.

Das Verwaltungsgerichtsverfahren Bauer Heinsohn ./. MELF, Aktenz. VI A 81/74, in dem die Aufhebung des so weit reichenden Abwässer-Erlaubnisbescheides beantragt war, und gefordert wurde, daß die in die Elbe einzuleitenden Giftstoffe bei jeder Ausbaustufe der Bayer-AG unter Berücksichtigung

der durch die übermäßige Industrialisierung des Unterelberaumes schnell zunehmenden Grundbelastung neu festgesetzt werden müßten, ging verloren, da Herr Heinsohn — er bewirtschaftet etwa 45 ha bei Freiburg auf der Brunsbüttel gegenüberliegenden Elbseite, wovon 100 m Weideland direkt an der Elbe gelegen sind — auf dem schräg gegenüber liegenden Elbufer nicht mehr Betroffener im Sinne der VwGO sei.

Das Verwaltungsgericht Schleswig ist auf Grund der Ausführungen der Gutachter zu der Überzeugung gelangt, daß das mit Restbestandteilen aus dem Werk der Bayer-AG belastete Elbwasser für die Weideflächen des Klägers nach dem heutigen Erkenntnisstand nicht schädlich sei. „Als Schädlichkeitsfaktor kommt nur die wenig abbaubare Belastung aus dem CBS-Wert in Betracht. Denn bei der von Brunsbüttel bis zu den Weideflächen des Klägers zurückzulegende Wegestrecke und unter Berücksichtigung des Umstandes, daß der Wasserkörper flußaufwärts[7]) gedrückt werden muß, sind nach übereinstimmenden Aussagen der Gutachter die organisch abbaubaren Stoffe der $BSB_5$-Last im Wege der biologischen Umsetzung beseitigt. Nach der Aussage der Gutachter ist die von dem schwer oder gar nicht abbaubaren Substanzen stammende Verunreinigung (CBS-Last) zum Teil abgebaut, zum Teil im Sediment gebunden, auf jeden Fall aber in den Restwerten so weitgehend verdünnt, daß eine Verunreinigung aus der Abwasserbelastung des Werkes der ‚Bayer-AG' nicht mehr nachweisbar ist. Eine Schädlichkeit scheidet nach der überzeugenden Erklärung der Gutachter dann aus." (zitiert aus dem Urteil Aktenzeichen VI A 81/74 vom 27. 8. 1974, Seite 23 und 24).

Das alles, obwohl der bevollmächtigte Rechtsanwalt Herr Dr. Schröder für den Kläger im Schriftsatz vom 22. 8. 1974 unter anderem auf Seite 4 unter Nr. 3.) folgendes vorgetragen hatte:

„Es ist bereits mehrfach auf die Bedenken bezüglich der wasserrechtlichen Rahmenerlaubnis hingewiesen worden. Bisher ist im Bereich der Elbe der Weg der Teilerlaubnis beschritten worden, d. h. daß im Rahmen der jeweiligen Ausbaustufe Genehmigungen erteilt worden sind. Das bedeutet demgemäß auch, daß in jedem Einzelfall bei einer weiteren Ausbaustufe eine erneute Prüfung der Art und Bedürfnisse vorzunehmen ist unter Berücksichtigung des jeweiligen neuesten Standes der Technik und Wissenschaft. Dieses hat im Falle der Firma Dow Chemical zu dem Ergebnis geführt, daß bei der ersten Ausbaustufe Gewässerbelastungen genehmigt wurden, die sich aufgrund der fortgeschrittenen Technologie bei der zweiten Ausbaustufe als nicht mehr notwendig erwiesen. Wäre eine Rahmengenehmigung erteilt worden, wie das im vorliegenden Falle geschehen ist, wäre die Dow nicht gehalten gewesen, den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen bei ihrer weiteren Ausbaustufe Rechnung zu tragen und hätte auch in gleicher Weise wie bei der ersten Ausbaustufe weitere Gewässerbelastungen durchführen können."

Die Gefährdung der ansässigen Bevölkerung durch Quecksilber, Blei, Kadmium, Fluor, Schwermetalle beim Genuß von Fisch, Krabben und Muscheln ist von der Genehmigungsbehörde überhaupt nicht berücksichtigt worden. Es besteht daher die Gefahr der Minimata-Krankheit und der Itai-Itai-Krankheit. Dieses hat im vorgenannten Gerichtsverfahren auch keine Rolle gespielt.

Gemäß Abwässer-Erlaubnisbescheid darf die Bayer-AG jährlich max. 65 t wasserdampfflüchtiges Phenol in die Elbe einleiten. Phenole werden, ebenso wie chlorierte Kohlenwasserstoffe u. a., in einer biologischen Kläranlage nicht abgebaut. Durch die Analysenmethode werden nur 10 %, und zwar nur die wasserdampfflüchtigen Phenole von den insgesamt abgeleiteten Phenolen erfaßt. In der chem. Industrie rechnet man mit dem Erfahrungswert, daß mindestens 10 mal soviel Phenole insgesamt abgegeben werden als wasserdampfflüchtiges Phenol. Da Phenol ein schweres Gift ist, hätten die gesamten Phenole im Bescheid angegeben werden müssen und nicht nur die wasserdampfflüchtigen. Es muß also damit gerechnet werden, daß die Bayer-AG jährlich insgesamt ca. 650 t giftiges Phenol in die Elbe ableitet.

1) Von den etwa 30 bis 40 Herstellungsverfahren bis zum Erreichen der Endausbaustufe sind bisher nur zwei Verfahren bekannt.

2) Durch die Wahl des Wortes „glaube" legt sich die Bayer-AG in keiner Weise fest.

3) Vgl. auch Hommel Merkblatt Nr. 194 über gefährliche Güter. Wie dem Stader Tageblatt v. 21. 4. 75 zu entnehmen war, mußte die Autobahn Braunschweig—Berlin in beiden Fahrtrichtungen total gesperrt werden: „Ein Tankzug, der eine hochgiftige Flüssigkeit mit dem chemischen Namen Toluylendiisocyanat geladen hatte, war verunglückt, und einige tausend Liter des zur Produktion von Kunststoff benötigten Mittels waren ausgelaufen." Desmodur T 80 R ist der Handelsname für Toluylendiisocyanat.

4) Hierbei handelt es sich um eine Anlage zur Herstellung von Azofarbstoffen und Azofarbstoff-Vorprodukten. Da sich fast das gesamte Genehmigungsverfahren für diese Anlage außerhalb der Legalität bewegte, habe ich gegen den Vorbescheid für diese Anlage vom 11. 10. 74 Klage eingereicht, über die noch nicht entschieden ist.

5) In den Antragsunterlagen zur Azo-Anlage (vgl. Anm. Nr. 4) heißt es bezüglich der Abwässer lediglich, daß die beantragten Richtwerte eingehalten werden sollen. Daß man auch erheblich unterhalb der beantragten Richtwerte liegen könnte, also auch bezüglich der Abwässer eine größtmögliche Immissionsbegrenzung an Schadstoffen vornimmt, wird überhaupt nicht in Erwägung gezogen. Um eine wirksame Kontrolle über die Belastung der Elbe mit Schadstoffen der Bayer-AG zu erhalten, hätten die in die Elbe einzuleitenden Giftstoffe bei jeder Ausbaustufe der Bayer-AG unter Berücksichtigung der durch die übermäßige Industrialisierung des Unterelberaumes schnell zunehmenden Grundbelastung neu festgesetzt werden müssen. Das ist aber leider nicht geschehen, so daß die Bayer-AG bei weiteren Anträgen nur noch bezüglich der Abwässer zu erwähnen braucht, daß die im Abwässer-Erlaubnisbescheid genehmigten Schadstoffmengen eingehalten werden sollen.

6) Welche Anlagen hiermit gemeint sind, ist mir nicht bekannt. In den Antragsunterlagen für die Azo-Anlage ist z. B. nicht angegeben, wieviel Wasser der Elbe entnommen werden soll. Es heißt dort lediglich, daß 25 000 cbm pro Monat mit organischen und anorganischen Stoffen belastete Prozeßabwässer in eine biologische Kläranlage gegeben werden (Bio-Abwasser von Bayer-AG genannt), 23 000 cbm/Monat gering belastete Waschwasser usw. unter Einhaltung der beantragten Richtwerte am Auslaß direkt in die Abwasserleitung gegeben werden (Reinabwasser von Bayer-AG genannt) und unbelastetes Kühlwasser aus indirekten Kühlungen in einer Menge von 125 000 cbm/Monat in den Regenwasserkanal eingeleitet werden. Eine Angabe darüber, welche Schadstoffe in diesen Abwässern enthalten sind, ist nicht erfolgt. Die Bevölkerung muß sich also von den ersten Minimata- und Itai-Itai-Kranken überraschen lassen.

7) Da dort ein starker Gezeitenstrom herrscht, ist es kein Problem, das Elbewasser mehrere Kilometer flußaufwärts zu drücken.

## Nahrungsmittelvergiftung (gesetzlich genehmigt)

### Das alles ist amtlich geprüft und staatlich zugelassen!

Des Frühlingsduftes kann sich der auf dem Land lebende Bürger dank des sogenannten Fortschritts heutzutage nur kurze Zeit erfreuen. Sehr schnell verwandelt sich der Duft um in Gestank von „Pflanzenschutzmitteln", die auf fast alle Getreidefelder gesprüht werden, wenn die jungen Halme kaum 20 cm erreicht haben, und die Luft entsprechend anschwängern. Der Gestank dringt in die Häuser, reizt die menschlichen Schleimhäute und erzeugt vielfach Kopfschmerzen. Die Einwohner sind diesen Einwirkungen völlig wehrlos ausgeliefert. Die Landwirte wissen in der Regel nichts über die Gefährlichkeit dieser „Pflanzenschutzmittel", wie diese suspekten Stoffe von den Herstellern genannt werden, um das Wort „Gift" aus werbepsychologischen Gründen zu vermeiden. So liest man denn auf einem Prospekt eines bekannten Chemiekonzerns das Schlagwort: „Für jede Kultur die richtige Düngung und der richtige Pflanzenschutz". Man bedenke, wieviel Einbuße an Werbewirksamkeit ein ehrlicher Text erleiden würde in der Art: „Für jede Produktionsfläche die richtige Mineralsalz- und Stickstofftreibdüngung und das richtige Gift"!

**„Amtlich geprüft! — Zugelassen"** steht auf den betreffenden Herbizid- (oder „Pflanzenschutz-")-Behältern, aufgedruckt in einem Zeichen mit der Inschrift „Biologische Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft" und einem äskulapstabähnlichem Gebilde. **„Amtlich geprüft — Zugelassen"** stand auch auf den Behältern, die das 30 Jahre lang hochgelobte DDT enthielten, das noch kurz vor dem Verbot von Experten wissenschaftlich als 100fach abgesichert bezeichnet wurde, und das für Erzeugung von Krebs, Genschäden, Kalkstörungen in Knochen, wie Senkung von Bewußtseins-, Gedächtnis- und Reaktionsvermögen u. a. verantwortlich gemacht wird. Man erinnere sich: Warner wurden seinerzeit verhöhnt und verlacht und als „Naturapostel" verspottet. Bereits 1969 wurde das DDT in Schweden, das 20 Jahre zuvor dem Erfinder den Nobelpreis verliehen hatte, zunächst befristet verboten, nachdem festgestellt worden war, daß Muttermilch DDT-Konzentrationen enthielt, die bei Versuchstieren biochemische Veränderungen hervorriefen. Außerdem wurde zunächst unerklärlicherweise festgestellt, daß die dortigen Böden mehr DDT enthielten, als jemals im eigenen Lande gestreut worden war. Des Rätsels

Lösung: Import über die Luft aus den USA durch Westwinde! Auch spricht für die Zuverlässigkeit der sogenannten Biologischen Bundesanstalt nicht gerade, daß sich der bayrische Landwirtschaftsminister Dr. Eisenmann veranlaßt sah, anzuordnen, auf eine ganze Reihe von der BBA zugelassene „Pflanzenschutzmittel" zu verzichten. So befinden wir uns heute leider in einer Situation, daß, wie es das lange geheimgehaltene wissenschaftliche Gremium „Gutachten zur Erstellung eines Gesamtdringlichkeitsprogramms für den Umweltschutz in Baden-Württemberg" feststellt, „die Bauern zu den schlimmsten Umweltverschmutzern gehören und möglicherweise die Industrie dabei übertreffen." Daß es auch eine Alternative zur konventionellen Landwirtschaft, nämlich einen biologischen Landbau mit ständig größer werdenden Erfolgen gibt, wird von den Behörden laufend verschwiegen.

**„Amtlich geprüft — Zugelassen"** ist auch das Herbizid 2, 4, 5-T oder Trichlorphenoxyessigsäure, bekannt durch die berüchtigten Entlaubungsaktionen der US-Airforce in dem nicht zuletzt deshalb als schmutzigsten aller Kriege bezeichneten Vietnamkrieg. Auf Proteste hin erklärten die Herstellerfirmen und die amerikanische Regierung seinerzeit: „Die Herbizide sind weder für Tiere, noch für Menschen schädlich. Die Kultivation des Landes wird nicht beeinflußt." — Die Wahrheit sah jedoch anders aus: Es verendeten Hühner, Enten, Schweine, Hunde und Kühe. Die Menschen wurden benommen, bekamen Kopfschmerzen und Übelkeit. Die Zahl derer die an seltenen Lähmungserscheinungen einen furchtbaren Tod starben, ist nie bekannt geworden. Das bestürzende wissenschaftliche Ergebnis einer vierjährigen Untersuchung durch eine internationale Expertenkommission lautet jetzt: „Hundert Jahre mögen vergehen, ehe sich die Wälder in Südvietnam von den Folgen des amerikanischen Chemikalienkrieges erholt haben." Und so ein Wundermittel des Fortschritts, das in schwerem Verdacht steht, auch in niedrigen Konzentrationen Leber- und Nervenschäden zu verursachen, zu Früh-, Tot- oder Mißgeburten zu führen und Krebs zu erzeugen, darf in der Bundesrepublik kräftig gespritzt werden. Obwohl es in Schweden, Dänemark, Norwegen, Ungarn, Rußland, Kanada, Australien und Neuseeland verboten ist, steht es bei uns an der Spitze der angewendeten „Pflanzenschutzmittel", bei uns, dem Land, das sich bester Gesetzgebung, strengerer Überwachung und exakter Wissenschaftlichkeit rühmt!

**Umweltforum Worpswede — Gemeinschaft für Bürgerrechte, Fischerhude**

Wir bitten unsere Mitglieder uns mitzuteilen, ob ihnen von der Anwendung dieses Mittel in ihrem Bezrk etwas bekannt und wo und wie es verwendet wurde.

## Ökologische Katastrophe

Im **Schleswig-Holsteinischen Ärzteblatt Heft 2/75** wird unter der Überschrift: „Naht der stumme Frühling"? auch über den Massenmord an Singvögeln in Italien berichtet. Man rechnet heute damit, daß in Italien jährlich zwischen 150 und 250 Millionen Singvögel gemordet werden, die Konsequenz ist der **ökologische Teufelskreis:**

- Im unbeeinflußten Gleichmaß der Natur fressen die Vögel eine Insektenmenge, die sich in Europa schon in einem Monat auf Zehntausende Tonnen beläuft — die Körnerfresser nicht mitgezählt.
- Wenn die Insekten ihre natürlichen Gegner loswerden, müssen um so mehr Pflanzenschutzmittel an deren Stelle treten.
- Die Rückstände der Insektizide kommen in den menschlichen und tierischen Organismus. Die Vogelbrut ist aber schon vielfach nicht mehr lebensfähig, weil die versprühte Chemie die Konsistenz der Eier schwächt.
- Die Vogelwelt wird somit in einer Kettenreaktion zusätzlich dezimiert, während zur gleichen Zeit bereits 250 Insektenarten gegen die heute verwendeten Schädlingsmittel immun geworden sind (nach einer Studie der Welternährungsorganisation).
- Immer mehr und immer stärkere Insektizide sind die unvermeidliche Konsequenz.

## Boom im Bereich Pflanzenschutz

Bad Kissingen (vwd). Der Exportwert der deutschen Pflanzenschutzmittel ist im vergangenen Jahr gegenüber 1973 um 48,6 Prozent auf 1,01 Milliarden DM gestiegen. Damit erhöhte sich, wie der Vorsitzende des Industrie-Verbands Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel, Gebauer (Bayer AG), auf der Mitgliederversammlung in Bad Kissingen ausführte, die Exportquote von 62 auf 72,8 Prozent. Der Produktionswert nahm im Berichtsjahr um 29,6 Prozent auf 1,38 Milliarden DM zu. Mengenmäßig ergab sich ein Zuwachs um 21,6 Prozent auf 247 351 Tonnen. Die gestiegene Nachfrage wurde nach Gebauer vor allem durch die angespannte Welt-Ernährungslage ausgelöst. Diese habe zu einer massiven Ausdehnung der Getreideanbauflächen — vor allem in den USA — geführt und entsprechend verstärkte Maßnahmen zum Schutz der Ernte erforderlich gemacht. Importiert wurden 1974 von der Bundesrepublik Pflanzenschutzmittel im Gegenwert von 136,79 Millionen DM, 29,6 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Im laufenden Jahr wird, zumindest bei bestimmten Pflanzenschutzmitteln, nach Ansicht des Verbandschefs spürbar eine rohstoffbedingte Verteuerung eintreten.

**Lübecker Nachrichten vom 29. 4. 1975**

## Eine Getreidehalle wird begast

-rr- Meppen. — Die Getreidehalle am Schützenhof in Meppen wird nun doch begast. Am Mittwoch nächster Woche wird die Begasungsaktion eingeleitet, gegen die die Anlieger des Schützenhofes in der vergangenen Woche eine einstweilige Verfügung erwirkt hatten.

Die Maßnahme ist — wie berichtet — zur Erhaltung der riesigen Kornvorräte erforderlich, in die sich der Kornkäfer eingenistet hat. Ohne die Begasung würde der Schädling innerhalb kurzer Zeit Millionenwerte vernichten.

Diese enormen Summen waren es schließlich, die die Anlieger in einem zweiten Ortstermin am gestrigen Vormittag zum Nachgeben veranlaßten. Der Anwalt der Gesellschaft für Lagereibetriebe mit Sitz in Hamburg hatte den Nachbarn in der vergangenen Woche unmißverständlich zu verstehen gegeben, daß sie zur Schadenersatzleistung herangezogen werden könnten, falls das Gericht nach der einstweiligen Verfügung gegen sie entscheide. Gestern zogen die Anlieger diese Verfügung zurück. Eine Person aus dieser Partei: „Ich kann es nicht riskieren, daß wegen dieser Sache mein Haus unter den Hammer kommt!"

Das ist bei mehreren Schützenhofbewohnern der entscheidende Punkt. Das finanzielle Risiko ist zu groß. Sie werden jetzt unter Umständen eine Evakuierung in Kauf nehmen müssen, falls bei der Begasung die Richtwerte überschritten werden und zuviel Phosphor-Wasserstoff-Gas ausströmt. Das Gas ist in geringen Mengen relativ ungefährlich, in stärkeren Dosierungen aber höchst giftig und explosiv. Sämtliche elektrische Anlagen in der Halle müssen während der 14tägigen Begasungsaktion ausgeschaltet werden.

Die Anlieger hatten drei Forderungen gestellt:

1. Gutachten über die Giftigkeit des Gases. Dieses Ziel wurde inzwischen fallengelassen, nachdem Näheres über das Gas in Erfahrung gebracht wurde.

2. Eine Tag-und-Nacht-Wache mit Meßgeräten, die von einem unabhängigen Prüfer bedient werden. Diese Forderung wurde gestern abgelehnt. Die Gesellschaft erklärte sich lediglich bereit, während der ersten fünf Tage drei- bis viermal die Luft zu messen — und zwar in der Zeit von 7 bis 22 Uhr. Nachts wird keine Wache aufgestellt.

3. Eine Überprüfung durch einen Sachverständigen der Baubehörde, daß die fast hundert Meter lange Halle vorschriftsmäßig abgedichtet ist. Auch in diesem Fall verhielt sich die Leitung der Gesellschaft ablehnend.

Im übrigen hatten die Nachbarn von der Firma, die das Gas herstellt, Unterlagen über Sicherheitsvorschriften und ähnliches angefordert. Die Herausgabe wurde ihnen verweigert. Ein Anlieger: „Bei denen läuft alles unter ‚geheim', da darf niemand etwas wissen."

**Meppener Tagepost 12. 7. 1975**

**Kommentar:**

Unverholener kann die Rücksichtslosigkeit der wirtschaftlichen Machthaber nicht zum Ausdruck kommen: nicht einmal die notwendigen Kontroll- und Schutzmaßnahmen werden zugestanden und garantiert. Dieser Vorgang erscheint uns geradezu symptomatisch für unsere gegenwärtige Situation.

## Warnung

Wegen des durch Autoabgase verursachten Bleigehalts hat der saarländische Bund für Umweltschutz vor dem Genuß von Brombeeren gewarnt, die an Straßenböschungen wachsen.

**Meppener Post, 22. 8. 1975**

## Auswertung der Befragung von Bürgerinitiativen

zum 2. **Umweltprogramm der Bundesregierung, Juni 1975** durch das Bundesinnenministerium.

**Frage 8:** Aus kerntechnischen Anlagen (Reaktoren, Wiederaufbereitungsanlagen) gelangen fortlaufend sehr geringe Mengen von radioaktiven Stoffen in die Umwelt.

(LPZ-Kommentar: dies wird also als Tatsache akzeptiert!) Sind Sie der Ansicht, daß diese Substanzen in einem Ausmaß abgegeben werden, das

| | Antwort der Befragten |
|---|---|
| unbedenklich | 20,6 Prozent |
| gesundheitsgefährdend | 27,6 Prozent |
| gesundheitsschädlich ist | 14,7 Prozent |
| oder | |
| gar Krebs oder Mißbildungen verursacht? | 19,2 Prozent |

Unter der Rubrik „Zitate aus den Antworten zu Frage 8" findet sich folgende Angabe, die für alle Bürgerinitiativen wichtig ist:

**„Jede natürliche Strahlung kann schädlich sein.** Zusätzliche Radioaktivität, sei sie auch noch so gering, bewirkt zusätzliche Schädigungen."

„Auf den Zusammenhang von Krebs und zusätzlicher Strahlenbelastung wurde in der CSSR bereits 1969 hingewiesen:

> „Es ist der Beachtung wert, daß diejenigen schwarzen Stellen auf unseren Kartogrammen, welche die höchste Krebssterblichkeit anzeigen, sich fast genau mit dem Vorkommen radioaktiven Gesteins in diesen Gebieten dekken..." (Vecerni Praha Nr. 129, vom 1. 10. 1969)

(a.a.O. S. 33 und 37)

# Mitteilungen

## Strahlenschutzgesetz

Wir erhielten eine Fülle von Stellungnahmen zum neuen Strahlenschutzgesetz der Bundesregierung. Allen Einsendern kann hiermit gesagt werden, daß die Bundesregierung auf Grund der heftigen Proteste und der vorgelegten Berechnungen den Gesetzentwurf zunächst zurückgezogen hat. Wir bitten alle unsere Leser, die Vorgänge auf diesem Gebiet weiterhin genau zu beachten wie auch den Fortgang der Auseinandersetzungen hinsichtlich des Arzeneimittelgesetzes.

Nach Ansicht des Aktionkomitees für Therapie- und Verordnungsfreiheit (Forschepiepe-Hilchenbach) sind schon einige wesentliche Verbesserungen erzielt. Nach Ansicht der Union für Freiheitliche Medizin (Harless-München) und der ärztlichen Aktionsgemeinschaft für Therapiefreiheit (Buchleitner-Pforzheim) sind diese Zugeständnisse noch nicht schriftlich fixiert und daher nicht ausreichend. Alle Gruppen, die sich bisher mit der Arzneimittelgesetzgebung befaßt haben, werden gebeten, hier weiterhin wachsam zu sein und mitzuhelfen, daß nicht Verordnungen erlassen werden, die bei der Anwendung die Möglichkeiten des Mißbrauchs bieten.

## v. Weizsäcker

Kaum eine Veröffentlichung hat in der letzten Zeit so viel Zuschriften hervorgerufen wie die Artikelserie **von Carl Friedrich v. Weizsäcker** in der „Zeit" auf Grund seines auf dem Kirchentag gehaltenen Referates. Da Herr v. Weizsäcker sich z. Z. für einige Monate im Ausland befindet, kann er nicht selbst Stellung nehmen zu den eingehenden Zuschriften. **Prof. Dr. K. Gottstein,** ebenfalls Max-Planck-Institut, beantwortete in Weizsäckers Auftrag einige Schreiben. Leider geht aus diesen Schreiben unzweifelhaft hervor, daß in der Bundesrepublik gerade in dem Moment, in dem bereits mehr als 2000 Wissenschaftler in den USA ein Moratorium für Atomkraftwerke fordern, und obwohl ebensoviele Probleme in der BRD noch völlig offen sind, angesehene Wissenschaftler ihre Vorbehalte aufgeben. Offensichtlich gibt es schon eine „Atomphysik und Ökologie BRD" und eine „Atomphysik und Ökologie USA."

Im Folgenden zwei Absätze aus einem dieser Antwortschreiben **von Prof. Gottstein:**

„Die Gefahren der Radioaktivität sollen damit keineswegs verharmlost werden. Sie müssen nur ins richtige Verhältnis gesetzt werden. **Auch durch Chemikalien, Medikamente, Kohlekraftwerke, Zigarettenrauch** usw. **können ja genetische Schäden** (Contergan!) **und Krebs** erzeugt werden. Bei genügend sorgfältigem Vorgehen und maßvollem Einsatz scheint das durch die Nutzung der Kernenergie verursachte zusätzliche Risiko tragbar zu sein, wenn man die schädlichen Folgen einer künftigen Energieknappheit in Rechnung stellt. Zu letzteren gehört ja keineswegs nur ein etwaiges Zahlungsbilanzdefizit der USA, sondern u. a. auch eine Knappheit an Düngemitteln, die wiederum zur Bekämpfung des Hungers in der Welt dringend erforderlich sind.

**Eine Zunahme von Kindersterblichkeit, Mißbildungen, Krebs usw. in der Umgebung von Kernreaktoren konnte bisher nirgends in statistisch einwandfreier Weise nachgewiesen werden.** Denjenigen, die dies behaupten, kann man offenbar durchweg nachweisen ,daß sie mit unsauberen statistischen Methoden gearbeitet haben."

**Kommentar:** Die **„schädlichen Folgen einer künftigen Energieknappheit"** werden aufgewogen durch die **schädlichen Folgen eines weiteren Industriewachstums.** Das durch Kernenergie verursachte zusätzliche Risiko ist genau das „Mehr", welches diese Form der Energiegewinnung untragbar macht.

Will Herr v. Weizsäcker wirklich warten, bis statistisch einwandfrei nachgewiesen ist, das Kindersterblichkeit, Mißbildungen, Krebs in der Umgebung von Kernreaktoren zugenommen haben? Die Annahme, daß dies auf Grund von Tierversuchen möglich sein könnte, sollte eigentlich genügen, um sich dagegen auszusprechen.

# AUS DER ARBEIT DES WSL

## Prof. Haverbeck beim Bundespräsidenten

Am 29. September d. J. fand in Bonn in der Villa Hammerschmidt auf Veranlassung der „Stiftung Die Mitarbeit" – als einer seit 12 Jahren arbeitenden Institution zur Förderung demokratischer Initiativen – auf Einladung des Bundespräsidenten ein Gespräch im kleineren Kreise über den demokratischen Auftrag von Bürgerinitiativen statt. Prof. **Haverbeck** war für die Umwelt- und Lebensschutzbewegung als Teilnehmer gebeten worden. Außerdem waren Alt-Bundespräsident Dr. D. Gustav **Heinemann,** die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Frau **Funke,** Werner **Rietz** als Gründer der Stiftung und Dr. E. F. **Schumacher** – London (im Anschluß an seinen Vortrag auf dem Ludwigstein) anwesend.

## Jahrestagung auf dem Ludwigstein

Zur diesjährigen Jahrestagung kam eine große Schar von Lebenschützern aus der ganzen Bundesrepublik. Die Burg war bis auf den letzten Platz gefüllt. Auf dem Hinweg regnete es noch, doch dann schien ab Freitag nachmittag für die ganze Zeit die Sonne und machte das Leben auf dem Burgberg zu einem Erlebnis.

Am Freitag Abend gab der Präsident der Sektion Bundesrepublik Deutschland einen Bericht über die Situation und die daraus sich für den WSL ergebenden Aufgaben für das nächste Jahr.

Nach der Hauptversammlung am Samstagvormittag, auf der die Voraussetzungen für eine ungestörte Zusammenarbeit in der Zukunft erarbeitet wurden, sprachen am Nachmittag zunächst unser Mitglied der Bundestagsabgeordnete **Dr. H. Gruhl** (CDU), und anschließend, wie angekündigt, **Dr. E. F. Schumacher.**

Der Kongreß auf der Jugendburg Ludwigstein wurde von den 150 Teilnehmern durchweg als ein tragendes Erlebnis der Gemeinsamkeit empfunden und als eine Ermutigung für den neuen Einsatz. Um die organisatorische Durchführung unter oft nicht leichten Umständen haben sich verdient gemacht unsere Freunde Wolfgang Wellmann, Knut Morgenroth, Walter Brödel, Heyne Trüstedt und Frau Schönwolff. Besonderer Dank gebührt neben ihnen dem Ehepaar Bölger und Frau von Winterfeldt für die — im wörtlichen Sinne — „Begleitmusik"!

## Ein Planet wird geplündert

**H. Gruhl** stellte sein soeben erschienenes Buch vor: **„Ein Planet wird geplündert".** Dies im Fischer-Verlag erschienene Buch wurde am 25. 9. also einen Tag vor Beginn unserer Jahrestagung, in Bonn auf einer großen Pressekonferenz vorgestellt. Hier beruft sich ein Abgeordneter auf sich selbst, auf sein Gewissen, auf die Erkenntnisse, die er sich erarbeitet hat und auf das Grundgesetz Artikel 38 ,61). „Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen." Herbert Gruhl weist darauf hin, daß der Opportunismus unsere Zukunft zerstört und die Wirtschaftstheoretiker alter Art Scharlatanerie betreiben. Beides gilt es zu durchschauen.

## Landesverband Bremen

Auf der 10tägigen Messe „Haushalt und Familie", in Bremen kurz Hafa 69 genannt, die jährlich von vielen Bremern — sowie Schulen und Familien aus dem Einzugsgebiet bis zu 50 km im Umkreis — besucht wird, waren wir vom WSL erstmalig vertreten. Wir hatten einen gemeinsamen Stand mit unserem Lebenschutzfreund EO. Chors und seinem Angebot, an lebenfördernden Pflegemitteln für den Gartenbau. An 10 Tagen konnten wir Schüler, Jugendliche, Eltern, besonders auch für den Gartenbau interessierte Personen ansprechen und verteilten außer LPI-Werbeschriften 20 000 Flugblätter mit unserem WSL-Programm, mit Hinweisen für den biologischen Gartenbau und eine gesunde Lebensweise, unter besonderer Berücksichtigung der Kariesverhütung. Außerdem wurden von uns täglich Vollkornbrote auf der Messe gebacken und als Proben verteilt. Auf diese Weise konnten wir unser Anliegen an Bevölkerungskreise herantragen, die wir mit Vortragsangeboten kaum erreichen konnten.

Auf Antrag erhielten wir vom Senator für Gesundheit und umweltschutz einen Zuschuß, außerdem bekamen wir von einigen Bremer Reformhäusern und aus Mitgliederkreisen für die Durchführung dieser Aufgabe Spenden, wofür wir uns hiermit nochmals besonders bedanken möchten.

## Landesverband Nordrhein-Westfalen

„Stop Kalkar!"

Dank der Initiative und umsichtigen Vorbereitung durch Frau Gerda **Degen** kam es am 20. September ds. J. auf dem Marktplatz von Kalkar am Niederrhein zu einer eindrucksvollen Kundgebung gegen den dort stationierten „Schnellen Brüter". Obwohl trotz intensiver Werbung durch Aufklärungsstände in den Tagen zuvor, die Beteiligung der Bevölkerung noch zögernd war, darf von einer voll gelungenen Veranstaltung gesprochen werden: von den verschiedenen Einsatzorten anderer Bürgeraktionen wie Wyhl und Grohnde (Hameln) oder Mülheim-Kärlich waren Deputationen herbeigekommen, um gemeinsam Protest abzulegen in einer Angelegenheit, die uns ihrer überregionalen Wirkung wegen alle angeht. Denn die Folgen der Erzeugung von Putonium bleiben keineswegs auf einen lokalen Raum begrenzt und darum kann es nicht nur von der Einstellung der unmittelbaren Anrainer abhängen, ob ein solches Werk hingenommen wird oder nicht.

Entsprechend war auch die eindeutige Absage aus den Niederlanden, nicht nur durch die Erklärung einer Bürgerdelegation, sondern durch den Abstand, den inzwischen die Königlich-Niederländische Regierung von dem Projekt genommen hat. Auch Belgien war vertreten. Für die Widerstandsgruppen in der BRD sprachen vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) Frau Helga **Vohwinkel,** als Anreger zur Sammlung der verschiedenen Initiativen in einer demokratischen Lebensshcutzbewegung August **Haußleiter,** München, und für den WSL Prof. **Haverbeck.** Da diese Ausführungen nicht nur für Kalkar, sondern für die gesamte gegenwärtige Situation zutreffen, werden wir im nächsten Heft noch eingehender davon berichten.

## Jahrestagung der Internationalen Stufe des WSL in Luxemburg, September 1975

Unter dem Vorsitz von Prof. Mosinger — Marseille und Prof. Günther Schwab — Salzburg, waren mit Präsidium, Einzelmitgliedern und zahlreichen Gästen die Vertreter u. a. von Australien, Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Canada, Finnland, Luxemburg, Österreich und Vereinigte Staaten anwesend. Leider stand die Veranstaltung (vom Freitag, dem 12. 9. nachmittag bis zum Sonntag mittag dem 14. 9.) unter dem Unstern: Zeitmangel. Dies hatte seinen Grund in einem vollgedrängten Programm, das zur Entfaltung einzelner Gedanken oder gar zum Austausch keinen Spielraum bot. Diesem Zeitmangel fielen auch die Berichte aus den Sektionen zum Opfer. Wir werden jedoch — soweit sie uns schriftlich zugeleitet werden — ihre Veröffentlichung in den „Lebensschutzheften" oder LPI vornehmen. Obwohl unsere meisten Bezieher beide Hefte erhalten, brauchen sie keinen Leerlauf zu befürchten, sondern werden Ergänzung finden.

Doch aus Fehlern kann man lernen. Die nächste Hauptversammlung wird anders werden, darin war man sich einig. Am Rande der Vollversammlung fanden jedoch mancher wertvolle Austausch, manche Begegnung statt und für uns durch die Vorbereitung unserer eigenen Jahrestagung arg bedrängten Bundesrepublikaner sogar noch Entspannung, als sich am vorletzten Abend ein österreichisch-deutscher Zwölferverein bildete, bei dem mehr gelacht und gesungen als Probleme behandelt wurden.

Lebensschutz sollte immer so sein, nicht nur das Leben allgemein und ohne persönlichen Bezug schützen wollen, sondern auch das eigene und der Mitstreiter Wohlbefinden stärken.

Unter wissenschaftlichen Vorträgen war besonders interessant — weil ungewöhnlich als Aufgabe für den Lebensschutz — die Darstellung der französischen Wissenschaftlerin Madame Dr. **Cornée,** die dreifach promoviert hatte in Medizin, Mathematik und Physik, und als Ärztin und Mutter beansprucht ist. Unter dem Leitmotiv „Information im Dienste der Gesellschaft" wurden die Möglichkeiten des Mißbrauchs der fortschreitend perfektionierten Anwendung der Computertechnik im gesellschaftlichen Bereich eindrucksvoll aufgezeigt. Hier entsteht nahezu unbemerkt die Gefahr, das die Individualität in das Raster allgemeiner Kategorien eingefangen und immer mehr manipulierbar wird. Prof. **Haverbeck** hatte die Aufgabe übernommen, „Grenzen des Wachstums aus dem Blickwinkel einer Anthropologie und Philosophie der Technik" darzustellen. Dabei trat er entschieden dem Pessimismus entgegen, wie er im letzten Buch des sonst sehr schätzenswerten wissenschaftlichen Publizisten Theo **Löbsack** zum Ausdruck kommt: **„Versuch und Irrtum — Der Mensch: Fehlschlag der Natur"** (Bertelsmann München, Gütersloh, Wien 1974). Weder die Technik noch das Großhirn, das diese „produzierte", sind für die tödliche Gefährdung des Menschen verantwortlich,

sondern allein der Mensch, der aber auch durch eine Bewußtseinswende und aus moralischer Kraft zum Schöpfer seines höheren Selbst und zum Heiler der Erde werden kann.

Durch die Wahl von Prof. Haverbeck in den Vorbereitenden Ausschuß für eine „Verfassung" der Internationalen Stufe (WSL-Int) ist die Sektion an den gemeinsamen Vorhaben unmittelbar beteiligt. Auch die Ehrung unseres Mitstreiters Walter **Schweiger** durch den Ehrenpräsidenten des WSL **Günther Schwab** um seines langjährigen zunächst einsamen Kampfes willen geht die ganze Sektion an. Herr Gürtler LV Niedersachsen gab einen Beitrag und Prof. Lotz legte sein soeben erschienenes Buch vor (s. Buchbesprechungen). Die 2. Vorsitzende des BBU Frau Helga Vohwinkel nahm ebenfalls teil.

Der repräsentative und hilfreiche Rahmen war wieder das Europa-Zentrum der Europäischen Gemeinschaft in Luxemburg, vor dem in jenen Tagen die Fahnen des WSL wehten.

## Veranstaltungen:

**Dr. Herbert Gruhl** MdB (CDU) spricht zu dem Thema seines neuen Buches **„Ein Planet wird geplündert"** in öffentlichen Versammlungen des **LV Baden-Württemberg** in **Karlsruhe, Universität, Hörsaal HMU am 17. 11. um 20 Uhr und** zum gleichen Thema in **Stuttgart, Universität, Mensa, Holzgartenstr. 11, am 18. November, 20 Uhr.**

### Lehrgänge für den naturgemäßen Landbau Winterhalbjahr 1975/76

**Bauernschule Hohenlohe,** 7184 Kirchberg/Jagst-Weckelweiler: vom 1. – 13. 12. 1975, vom 25. 2. – 7. 3. 1976.

**Forschungsring für biolog. dynamische Wirtschaftsweise,** 6100 Darmstadt Baumschulenweg 19: vom 19. 1. – 24. 1. 1976.

**Collegium humanum,** 4973 Vlotho-Valdorf, Bretthorststraße 221: vom 25. – 26. 11. 1975.

Es werden Kontakte geknüpft und biologisches Wissen und Erfahrungen im Land- und Gartenbau vermittelt.
Um rechtzeitige Anmeldung bei den genannten Adressen wird gebeten.

**Die Arbeitsgemeinschaft für Bodenfruchtbarkeit und Qualität** (ABO) 79 Ulm, Postfach 1118, führt vom 4. – 6. Januar 1976 (Anreise am 3. 1.) eine Tagung durch unter dem Thema „Mehr Gesundheit durch Heilkräuter und Gewürzanbau im Selbstversorgergarten."

Viele unbeachtete Kräuter haben einen dreifachen Wert – den Würzwert – den Heilwert – den Gartenwert.

Die Tagung findet statt im evang. Freizeitheim Pappelau, Zufahrt über Gerhausen (Strecke Ulm-Blaubueren), Bahnstation Blaubeuren, Anmeldung bei der abq – Geschäftsstelle 79 Ulm, Postfach 1112.

Ich glaube, daß sich viele LPI-Leser für diese Thematik interessieren würden.

**Dr. E. Siefert**

### Arbeitstagung erfahrener Geo- und Baubiologen

**Tagungsort: 6935 Waldbrunn, Ortsteil Waldkatzenbach, 7** km nördlich von Eberbach!Neckar, Gasthof „Zum Adler".

**Zeit: 31. Oktober – 2. November.** Während der Während der gleichen Zeit findet auch ein Grundlehrgang für Baubiologie statt.

Interessierte wollen sich bitte an den **Forschungskreis für** für Geobiologie e. V. 693 Eberbach a. N. Adolf-Knecht-Str. 25 wenden.

**Kongreß der demokratischen Lebensschutzbewegung in Gießen**
Am Sonntag, dem 19. Oktober 1975, 10 Uhr, findet in der Kongreßhalle in Gießen ein Kongreß statt unter dem Thema: **Ende der Gewalt! Ende des Wachstums! Es geht auch anders!** Umwelt- und Lebensschützer, Mitglieder von Bürgerinitiativen treffen sich, um zu beraten, wie in partnerschaftlichem freien Miteinander Wege zu immer wirkungsvollerem Einsatz für die Belange des Menschen und den Schutz des Lebens praktisch beschritten werden können. Nichts ist dabei wichtiger als die Formierung einer breiten Front, die auch diejenigen zusammenführt, die in politischen Fragen oder im Hinblick auf die gesellschaftliche Gestaltung der Zukunft durchaus differenzierte Vorstellungen haben. Wir müssen lernen, einander zu tolerieren und fragen angesichts guter Ideen nicht nach der Zahl derer, die sie schon vertreten. Aus diesem Grunde wird auch der **Weltbund zum Schutze des Lebens durch** den Präsidenten der Sektion und zahlreiche Mitglieder vertreten sein.

### Geschenkabonnenment

Bei unserer Informations- und Biddungsarbeit müssen wir immer noch feststellen, daß ein sehr großer Teil unserer Bevölkerung wenig oder gar nicht orientiert ist, über die Ausmaße unserer Umweltmisere. Offensichtlich werden die Nachrichten zu diesem Thema übersehen oder überlesen, in jedem Fall gehen sie unter im Tagesgeschehen. Auch zu Veranstaltungen oder Vortärgen zu dieser Thematik finden sich in der Regel immer die selben Menschen ein, also diejenigen, die schon etwas wissen und mehr erfahren möchten.

Es kommt aber alles darauf an, einen immer größeren Personenkreis zu erreichen im Interesse unserer aller und ihrer persönlichen Zukunft.

Daher auch in diesem Jahr wieder die dringende Bitte: Verschenken Sie ein Jahresabonnement der LPI an solche, die noch wenig wissen, vor allem an junge Menschen. Jedes Mitglied sollte sich ernsthaft fragen, wem kann ich in diesem Jahr sinnvollerweise ein Abonnement unserer Zeitschrift schenken, damit er regelmäßig informiert wird? Damit werden mehr Menschen als durch Veranstaltungen auf den Gedanken des Lebensschutzes aufmerksam gemacht.

#### Buchbesprechung

Zum Thema Gesundheit möchten wir zwei wichtige Bücher empfehlen:

**K. E. Lotz, willst du gesund wohnen?** neueste baubiologische Erkenntnisse. Eigenverlag 795 Biberach/Riss.

Auf der ersten Seite heißt es: Eine Baufibel für Jedermann. In der Einführung wird das Haus betrachtet unter dem Kennzeichen: das Haus, unsere dritte Haut. Damit ist schon ein wichtiger Hinweis gegeben unter welchen Gesichtspunkten ein funktionsgerechtes Haus zu betrachten ist. Dankenswerterweise bezieht der Verfasser in allen Fragen auch die Kosten mit ein und gibt neben Neubauvorschlägen auch Hinweise, wie ein Altbau nach modernen baubiologischen Gesichtspunkten saniert werden kann. Dennoch wird mancher Leser bedauern, daß dieses Buch nicht schon vorlag, ehe er seinen

Bauplatz kaufte, sein Haus baute. Im Kapitel „Der gesunde Bauplatz“ wird dargestellt, wie unser Lebensraum eingebettet ist in ein Strahlungsfeld, gebildet aus der Einstrahlung aus dem Kosmos und der Aus- und Rückstrahlung aus der Erde. „Soll ein Bauplatz nun als gesund bezeichnet werden, so heißt dies, daß er mit den natürlichen Lebensbedingungen im Einklang steht, in unserem Zusammenhang: daß das natürliche Strahlungsfeld ohne Störung auf den Menschen einwirken kann“ (a.a.O. S. 16). Früher wichen die Menschen solchen gestörten Plätzen aus, heute bauen wir willkürlich, dort, wo Bauplätze ausgewiesen sind und wundern uns später über nicht ergründbare Krankheiten. Im letzten Teil dieses Kapitels gibt der Verfasser Möglichkeiten an, wie auch ein „ungesunder“ Baugrund nachträglich saniert werden kann.

Der Verfasser ist Professor an der Fachhochschule Biberach für Bauwesen und einer der ersten Vertreter einer Baubiologie, die allmählich an allen Fachhochschulen intregierter Teil der Ausbildung werden müßte. Nur dann kann das Haus wirklich die Funktion einer dritten Haut des Menschen erfüllen.

**Jürgen Dahl, Auf Gedeih und Verderb. Zur Metaphysik der Atomenergie-Erzeugung.** Dieser wirklich grundlegende Aufsatz sollte allen denen zur Verfügung stehen, die in Gesprächen mit ihren Mitmenschen stehen, um ein Gegengewicht gegen die manipulierte Meinung unserer Mitbürger über den Nutzen von Atomreaktoren zu bilden. Der Aufsatz erschien in **„Scheidewege, Vierteljahresschrift für skeptisches Denken,** Hrsg. Max Himmelheber. Er liegt jetzt als Sonderdruck vor und kann bezogen werden für eine Schutzgebühr von DM 0,20 pro Stück + Porto von der Redaktion **„Scheidewege“, 7292 Baiersbronn, Postfach 67.** Es wird um Einsendung von Briefmarken als Bezahlung bei kleineren Mengen bis zu 100 Stück gebeten.

Zur Frage Gesunde Lebensführung möchten wir hier nur kurz auf das in Neuauflage vorliegende Buch hinweisen **Werner E. Loeckle, Bewußte Ernährung und gesundende Lebensführung, Novalis Verlag 1975.**

Dieses Buch können wir unseren Lesern sehr empfehlen, wenn sie mehr über die Ernährung wissen wollen, als: dies darfst du nicht tun, jenes sollst du nicht essen. Wir werden es in der nächsten Nummer noch ausführlich besprechen. Mit dem Problem der Gefährdung des Menschen durch Atomkraftwerke befaßt sich eine aus dem amerikanischen übersetzte Schrift

**Mary Hays Weik, Atomenergie — Milliardengeschäft auf Bürgerrechnung.** Zu beziehen durch **Bürgeraktion Atomschutz Mittelrhein e. v., 5411 Hillscheid, im Hahn 3. Sie** erfahren hier nicht nur Wissenswertes aus dem amerikanischen Abwehrkampf gegen die Atomkraftwerke sondern unterstützen auch zugleich die Bürgeraktion in ihrem Kampf gegen das in Mülheim-Kärlich geplante Atomkraftwerk.



## Gesundheit und Erholung

## Geschäftliche Empfehlungen



**Geschenkabonnement zu Weihnachten**

Hiermit bestelle ich für Herrn/Frau

.................................................
(Name)

wohnhaft in

.................................................
(Plz) (Ort)

.................................................
(Straße)

zum 24. Dezember als Geschenk von

.................................................
(Name)

ein Geschenkabonnement der LPI für 1976 zum Preis von DM 12,– einschließlich Porto
des weiteren für

.................................................

Ich werde den Betrag von DM 12,– bis zum 1. 12. 1975 auf das Konto Landessparkasse zu Oldenburg, 29 Oldenburg Nr. 012-109 005 oder Postscheckamt Hannover Nr. 2949-307 mit dem Vermerk LPI-Geschenk 76 einzahlen.

.................................................
(Unterschrift)
(Das zusätzlich übersandte Dezemberheft gilt als Quittung)

**Geschenkabonnement 1975**

Hiermit bestelle ich das mir zugegangene Heft 1975 ab Januar 1976 ab

.................................................
(Name)

.................................................
(Adresse)

Bei Nichtabbestellung erhalten Sie das Heft automatisch auch für 1976 gegen Rechnung ab Januar weiter zugeschickt.

| | |
|---|---|
| Herausgeber, Verleger: | Weltbund zum Schutze des Lebens, Sektion Bundesrepublik Deutschland e. V. D-4973 Vlotho, Bretthorststraße 221 *Bankverbindung: Stadtsparkasse Köln, Kto.-Nr.* 11 902 467 od. Postscheck der Stadtsparkasse Köln, Nr. 153 000 508 |
| Schriftleitung: | Ursula Haverbeck-Wetzel, D-4973 Vlotho, COLLEGIUM HUMANUM |
| Anzeigenabteilung: | Dr. Fr. Ross, D-2370 Rendsburg, Hainstraße 21 |
| Bezugsgebühr: | Jährlich DM 12,– *einschließlich Zustellgebühr* *Erscheint monatlich einmal* |
| Druck: | Dreischild Druckerei und Verlag, 4970 Bad Oeynhausen 11, An den Mühlwiesen 19, Tel. (0 57 31) 9 32 44 |